

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 9. November 1905.

№ 130.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung aus Nr. 122.)

Wir müssen nach längerer Zeit den einzelnen Richtungen im deutschen Gewerkschaftsleben auch wieder einmal einige Aufmerksamkeit zuwenden. Daß von solchen überhaupt noch die Rede sein kann, muß eigentlich wundernehmen, denn die Unternehmerverbände haben mit ihrem Aufkaufen der kleinsten Lohnbewegung zu einer Staatsaktion und dem dann sicher folgenden Schlage der Aussperrung doch wahrhaftig genug getan, die Arbeiter zu der Erkenntnis zu drängen, daß ihr Sondermarschieren alles andre ist, denn ihren Interessen förderlich. Es dümmert zwar etwas in jenen Lagern von dieser Erkenntnis — ein Erfolg, den wir in erster Linie den Scharfmachern und deren Kampfstattik zu danken haben —, es ist in puncto solidarischen Handelns schon manches besser geworden, aber zur Ausführung der vorhandenen Klüfte ist es doch nicht gekommen. Sie brauchen nicht immer Brust zu heißen jene Leute, denen die Zerpfitterung der Arbeiter näher liegt als ihre Einigung, sie können auch den Namen Later oder Behrens tragen. Es ist auch nicht ausgemacht, daß gerade ein Katholikentag oder eine Generalversammlung der evangelischen Arbeitervereine Hindernisse auf den Weg rollt, auf welchem sich die einzelnen Arbeiterrichtungen entgegenkommen könnten; es kann das auch ein Parteitag der Sozialdemokratie von der Art des Jenaer sein, und es können dies auch Ausführungen auf Gewerkschaftskongressen fertig bringen wie die Bismarckschen Schlussworte von Köln und Stuttgart. Wenn solchermaßen der Neutralität der Gewerkschaften Keulenschläge versetzt werden, wie das in den letzten Jahren von allen Seiten geschieht, dann braucht man sich eigentlich nicht zu wundern, daß der Weizen der Sonderbündel noch immer blüht. Nichtpunkte und hoffnungsvolle Ausblicke sind denn tatsächlich nur durch die Gewalttaten der Scharfmacherverbände zu erwarten, so paradox das auch klingen mag.

Unter den einzelnen Richtungen dominieren mehr wie bisher die **christlichen Gewerkschaften**. Sie umfassen 24 einzelne Verbände mit insgesamt 200000 Mitgliedern. Wie unsere Leser wissen, ist diese Gruppe das Ziel der neuerlichen Kurschwankung des Gutenbergsbundes. Wegen dieser mit Wortpaktereien befrachten Anstößbestrebungen — es ist in den letzten Wochen übrigens verächtlich ruhig darüber geworden — macht der Gutenbergsbund jetzt Anstrengungen, die seinem ganzen Wesen widersprechen und seinen bisherigen Taten denn auch gar nicht ähnlich seien.

Wie beim Gutenbergsbunde sieht es nun auch bei den christlichen Gewerkschaften aus, auch sie zeigen das Spiegelbild einer von den gesteckten Grenzen sich immer mehr lösenden Entwicklung. Die Voraussetzungen der christlichen Gewerkschaften waren von den Gründern dieser Arbeiterrichtung doch so gedacht, daß dieselben als Bollwerk für die Kirche, als Stützpunkt für die herrschenden Gewalten sowie als Truppwaffe für das Unternehmertum dienen sollten. Die Vertreter beider Kirchen haben seit den sechziger und siebziger Jahren wirklich ein Erkleckliches getan, nach diesen Grundgedanken sich ein Universalstumpfmittel gegen die die wirklichen Lebensinteressen der Arbeiterschaft mit Nachdruck und ohne Rücksichten auf andere, unbeteiligte Faktoren betretenden sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie selbst heranzubilden. Es müßten ja einige dieser Gründer und Förderer der christlichen Gewerkschaften auch auf die wirkliche Erreichung wirtschaftlicher Vorteile für ihre Anhänger bedacht gewesen sein; diese Leute, unter denen vor allem der Mainzer Bischof Dr. Ketteler zu nennen ist, waren und sind aber doch dünn gesät.

Die Ende der sechziger Jahre nach Einführung der Gewerbeordnung mit ihren die Koalitionsfreiheit bringenden Bestimmungen einsetzende politische und gewerkschaftliche Bewegung der deutschen Arbeiter hatte also bald mit Gegenströmungen der geschilberten Art zu rechnen, die jedoch erst dann von nennenswerter Bedeutung wurden, als die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie erheblich in die Breite gingen. Das war nach dem Falle des sich als völlig zwecklos erwiesenen Sozialistengesetzes, also anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die geistlichen und weltlichen Protektoren der christlichen Gewerkschaften wie auch die sonstigen, die Arbeiterzerpfitterung geschäftsmäßig oder doch ge-

schäftig betreibenden Drahtzieher des Unternehmertums, arbeiteten dergestalt mit Hochdruck, daß im Herbst 1899 in Frankfurt a. M. ein allgemeiner nationaler Arbeitertongreß zustande kam, dessen Ausschluß dann später in einer mühseligen Aufspaltung Wilhows Segen erlebte. Der vierte Kanzler des Deutschen Reiches ist bekanntlich ein höflicher Mann, er jagte den Kundenzieren daher einige artige Unverbindlichkeiten. Im Januar dieses Jahres jedoch, als der Nierenkampf an der Ruhr tobte und die Zechenbarone in prophanem Übermut jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen ablehnten, da pfiff es anders aus dem Munde des liebenswürdigen Fürsten Wilhows über die christlichen Gewerkschaften sowie die anderen Richtungen, von denen übrigens die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften sich nicht an dem hohen Frankfurter Schauplatz beteiligten. Also einmal verhätschelt, dann unumtut behandelt und schließlich wohl auch zur Abwechslung einmal ernst genommen, wie 1879 unter Bismarcks Regime, als der Christlich-soziale Verein in Effen und in den folgenden Jahren noch mehrere solcher Vereine auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst wurden. So hält die Regierung es mit den christlichen Gewerkschaften: sie dienen ihr als Spielball. —

„Unsere christlichen Gewerkschaften sind meist dem Schoße der konfessionellen Arbeitervereine entsprungen oder mit deren Hilfe ins Leben getreten“, schrieb das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften in seiner Nr. 14 von diesem Jahre. Was der Kaplan Dr. O. Müller in seinem ebenfalls in diesem Jahre erschienenen umfangreichen Buche: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter- und Textilarbeiterorganisation“, über die Entstehung und den Werdegang der christlichen Gewerkschaften ausführt, ist eine im Detail geführte Bestätigung obiger Behauptung, die übrigens eine allgemein bekannte Tatsache ist. Damit haben wir wieder einen, wenn auch noch nicht den letzten Schlüssel zu dem Zerlegungszusammenhang der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wenn das Zentralblatt von konfessionellen Arbeitervereinen spricht, so sind in diesem Falle die von der katholischen Kirche oder von katholischer Seite gegründeten und geförderten Vereinigungen gemeint, auf die von der evangelischen Richtung ins Leben gerufenen und protegierten ist noch besonders zu kommen.

In diesen konfessionellen Arbeitervereinen nun war das religiöse Moment die ausschlaggebende Rolle. Eine päpstliche Enzyklika vom Mai 1891 bezeichnete die Pflege der Religion und der Sittlichkeit, den religiösen Unterricht, den Gottesdienst wie überhaupt Uebungen der Frömmigkeit als deren hauptsächlichste Aufgaben. Aber auch die wirtschaftliche Interessenvertretung sollte wahrgenommen und dafür gesorgt werden, daß „die Rechte und Pflichten der Lohnherren in Einklang stehen mit den Rechten und Pflichten der Arbeiter“ und „Klage und unbedachte Männer beider Parteien durch Schiedsgericht nach den Vereinsgesetzen den Streit entscheiden“. Mit der Errichtung von Unterstüpfungs- und Sparkassen, mit der Schaffung von Unterrichtskursen usw. brauchte demnach das Tätigkeitsgebiet der konfessionellen Arbeitervereine nicht erschöpft zu sein, es durfte auch der Weg der Selbsthilfe beschritten werden. Die Sache wäre somit gut gewesen, aber sie hatte doch einen Haken. Und das war der Anstand, daß in den Gesellen- und katholischen Arbeitervereinen sowie den Fachabteilungen das geistliche Element die tonangebende Rolle spielte, was auch kein Wunder war, handelte es sich doch um konfessionelle, also um Verbindungen auf Grund eines bestimmten kirchlichen Glaubensbekenntnisses. Die von den Vereinsgenossen gewählten Personen leiteten diese Vereinigungen nämlich nur formell — sofern überhaupt ein Arbeiter an der Spitze derselben stand — der Präses war vielmehr der eigentliche Führer und unumschränkte Herrscher in diesen Organisationsgebilden. Hatten die Geistlichen somit die Oberhand, so ist es ohne weiteres selbstverständlich, daß die Wahrnehmung der Religionsinteressen am wenigsten vernachlässigt wurde. Und daß die in diesen katholischen Vereinigungen maßgebenden geistlichen Herren den Arbeitern als wahre Christentugend Zufriedenheit und Mäßigkeit sowie im besondern die Bescheidenheit den „Lohnherren“ gegenüber predigten mit dem Sichtwechsel auf ein besseres Jenfeits, ist ebenso wenig zu bestreiten

wie die gleich eifrige Tätigkeit der protestantischen Seelenhirten in den evangelischen Arbeitervereinen.

Nun sind aber nicht nur wir der festen Ueberzeugung, daß der Dogmenglaube aller Schattierungen — also das, was man gemeinhin Religion nennt — schließlich gar nichts mit dem Streben und den Kämpfen auf wirtschaftlichem Gebiete zu tun hat, demgemäß auch aus der Gewerkschaftsfrage vollständig auscheiden muß. Die Unternehmer sind uns in dieser wie in politischer Beziehung ein bleibendes Vorbild. Allerdings auch ein Muster von Heuchelei. Denn was sie für sich als Prinzip aufstellen, die religiöse und politische Voraussetzungslosigkeit, möchten sie für die Arbeiterschaft im entgegengekehrten Sinne als Vorbedingung gelten lassen. Zu dieser Hinsicht erleidet die sonst so starke Konsequenz der Unternehmerklasse einen argen Stoß. Professor Anton Menger charakterisiert in seiner „Neuen Staatslehre“ diese Doppelhaltung, indem er sagt, daß in allen Ländern die Ansicht, die Religion müsse dem Volke erhalten werden, gerade bei denen verbreitet sei, die längst jede Spur eines Dogmenglaubens abgestreift haben. Es wird also von den Kapitalisten die Wirkung des religiösen Namens, dem sie selbst sich entzogen, auf die Arbeiterschaft sehr hoch eingeschätzt, und das gewiß nicht mit Unrecht. Daraus ergibt sich aber mit zwingender Notwendigkeit, daß das religiöse Moment absolut keine Rolle in der Gewerkschaftsbewegung spielen darf. Jede Religion soll als Privatfache ihre unbefangene Berechtigung haben und jedem Gewerkschaftler muß unbegrenzte Freiheit in dieser Weise gewährleistet sein, die Gewerkschaftsfrage aber bleibt naturgemäß von allen religiösen Fragen durchaus unberührt.

Die nach Anbruch der sozialreformerischen Ägide in den Gesellenvereinen bzw. den katholischen Arbeitervereinen errichteten Fachabteilungen, welche die Arbeiter desselben Gewerbes vereinigten, waren das sehr unvollkommene Produkt des erwachenden Gedankens wirklicher Selbsthilfe. Aber ohne daß etwa die vorstehend präzisierte grundsätzliche Auffassung über die völlige Passivität der Religion in der Gewerkschaftsfrage der in den Gesellenvereinen und Fachabteilungen zusammengeschlossenen Arbeiterschaft klar geworden wäre — es ist das heute noch nicht der Fall — machte sich doch die Erkenntnis von der Unzulänglichkeit einer wirtschaftlichen Interessenvertretung wie der in den Fachabteilungen geltend. Die Bevormundung der Geistlichen, der Einfluß der in den Gesellen- und den katholischen Arbeitervereinen ziemlich häufig vertretenen Kleinunternehmer, wird nicht zuletzt zu dieser Ansicht beigetragen haben. Und da die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften nach dem Falle des Sozialistengesetzes, und nachdem dieselben auf dem Gewerkschaftskongresse in Halberstadt (1892) sich eine festere Organisation in der bereits 1890 gegründeten Generalkommission geschaffen hatten, eine bemerkenswerte Stärkung aufweisen konnten, war man im Zentrum, das für die christlichen Organisationen die nämliche Bedeutung hat wie die Sozialdemokratie für die freien Gewerkschaften, mit der beginnenden Bildung von Gewerkschaftsorganisationen auf christlicher Grundlage wohl einverstanden, weil die Gewähr vorhanden war, daß einmal diese Organisationen sich auch ferner am Gängelbände führen lassen, zum andern aber einen Sturmbock gegen die sich überaus kräftig entfaltende sozialdemokratische Partei abgeben würden. Ob und in wie weit sich die katholische Geistlichkeit mit dem Zentrumspartei in diesen ihren Erwartungen getäuscht hat, werden wir noch sehen.

Als im Jahre 1899 der erste christliche Gewerkschaftskongreß in Mainz die Interkonfessionellität dieser Art Gewerkschaften proklamierte, d. h. die Arbeiter beider christlichen Konfessionen für ausnahmsfähig erklärte, kam es zu der ersten Differenz, obwohl schon früher ein gewisses Zusammengehen der katholischen und der evangelischen Arbeiterorganisationen zu konstatieren war, weil beide ja die Gewerkschaft gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verband. Diese Gewerkschaft war damals und ist heute noch keine natürliche, sondern eine von der geistlichen Führerschaft anergogene. Würden die christlichen Gewerkschaften nach Dresden und nach Jena eine gegensätzlichere Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber einnehmen, so stieße sich eher darüber reden. Was sie von den freien Gewerkschaften trennt, ist aber, wie

schon ausgeführt, eine totale Verfeinerung des eigentlichen Zwecks der gewerkschaftlichen Organisation, der eben eine religiöse Frage nicht mit einschließt. Die christlichen Organisationen sind hiervon auch im Grunde überseigt.

Es machten sich nämlich, nachdem man nun flügge geworden war, gar bald Tendenzen bemerkbar, die eine Organisationsform auf rein wirtschaftlicher Basis anstrebten. Diese Frage wurde lebhaft diskutiert und endete mit einer von dem dritten Kongresse (Krefeld 1901) gutgeheißenen Erklärung des Ausschusses der christlichen Gewerkschaften: „Eine Vereinigung aller Arbeiter der verschiedenen Berufe in einheitlichen Organisationen ist allerdings das zu erstrebende Ziel, doch muß verlangt werden, daß solche Verbände in ihrer Wirksamkeit den christlichen Grundtendenzen nicht widersprechen. Da unter den obwaltenden Verhältnissen in absehbarer Zeit solche Gewerkschaften ausgeschlossen erscheinen, halten wir an dem durch den Kongress zu Mainz aufgestellten Programme fest.“ Man wird ohne weiteres darüber klar sein, daß die Bedingung, die Wirksamkeit solcher einheitlichen Organisationen dürfe den christlichen Grundtendenzen nicht widersprechen, nicht nur ein Non sens, sondern auch eine Verlegenheitsphrase ist. Das oberste Prinzip der Gewerkschaften ist doch, wie ganz richtig unser vorstehender Artikel am 24. Februar 1878 auf der Gothaer Konferenz der deutschen Gewerkschaften ausführte, einen bestimmten Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Das gilt auch heute noch ohne jegliches Drum und Dran.

Die Verhandlungen des zweiten christlichen Gewerkschaftskongresses (Wingsteln 1900 in Frankfurt a. M.), die sich eingehend mit der Stellung der Religion in der Gewerkschaftsfrage befaßten, aber doch kein bestimmtes Resultat zeigten — das ist erst die vorliegende stizgierte Erklärung des christlichen Gewerkschaftsausschusses — hatten aber bereits den katholischen Klerus gegen die christlichen Gewerkschaften auf die Beine gebracht. Die preussischen Bischöfe erließen nämlich von Fulda aus am 22. August 1900 ein gemeinsames Hirten schreiben, das in schärfster Weise gegen den interkonfessionellen Charakter der Gewerkschaften sich aussprach. Der Tenor dieses aufsehenerregenden Fuldaer Pastoralles war der: Nur die katholischen Grundtendenzen sind auch bei Entscheidung über rein wirtschaftliche Fragen maßgebend; deshalb sind nicht besondere Verbände, sondern die Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen berufen, auch die materiellen Standesinteressen ihrer Mitglieder wahrzunehmen. Der Erzbischof von Freiburg i. B. trat noch in einem besonderen Erlaß zu diesem Hirten schreiben für die katholischen Arbeitervereine und schärfstens gegen die christlichen Gewerkschaften auf. Es hieß in demselben in bezug auf die letztere Bewegung: „Diese hat zwar anfangs durch das von ihr präsenzierte nächste Ziel, und weil sie als „christlich“ sich bezeichniete, auch bei katholischen und geistlichen Arbeiterfreunden Eindruck gemacht und Hoffnungen erweckt. Allein schon jetzt hat es sich hier gezeigt, daß das Wort „christlich“ nur ein leerer Schall und Aushängeschild ist, und daß die Bewegung mit unauflöslicher Konsequenz nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen kann, für die sie jene Kreise organisiert und vorbereitet, die einseitigen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollen.“ Das war ein böser Schlag, als dieses Fuldaer Hirten schreiben endlich am 3. Oktober an die Leffentlichkeit drang! Hinzukam als erschwerend, daß die Zentrums Presse sich nun in ihrer Daltung zu den christlichen Gewerkschaften spaltete; die „Germania“ als Zentralorgan trat im Sinne des bischöflichen Hirten schreiben für die katholischen Arbeitervereine bzw. für die empfohlenen Fachabteilungen ein, das rheinische Hauptorgan, die „Rheinische Volkszeitung“, verteidigte hingegen die christlichen Gewerkschaften. Es erschien dann noch mit Genehmigung des Mainzer Bischofs, der seinem berühmten Vorgänger Ketteler in der Arbeiter- und Gewerkschaftsfrage also wenig glich, von Dr. Hempel, einem katholischen Geistlichen, eine regelrechte Kampfschrift gegen die christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften, die mit der schon erwähnten päpstlichen Enzyklika, dem „Rerum novarum“, vom 17. Mai 1891 tut gefolgt werden sollten, welche Eregation gegen die Führer der Christlichen noch mit besonderer Schärfe vorbereitet wurde. Konfessionell-katholisch sollte demnach Trumpf sein. Es gelang zwar dem Einwirken einflussreicher Persönlichkeiten, daß das Fuldaer bischöfliche Todesurteil gegen die christlichen Gewerkschaften nicht ganz vollstreckt, daß es sozusagen in lebenslängliche Ungnade verwandelt wurde. Daß tatsächlich den christlichen Gewerkschaften die Fuld der katholischen Geistlichkeit in einem bedeutenden Maße entzogen wurde, dafür legt ja auch der Ausdruck des Zentrumsführers Bischofs aus dem Vorjahre Zeugnis ab: „Die Arbeiter sollen sich auf katholischer Grundlage organisieren und lieber sollen sie sich isolieren, als unter der Firma „christlich“ auftreten.“

Wenn unter solchen Umständen auch dem christlichen Gewerkschaftskongresse in Krefeld (1901) die gitierte Ausschlußerklärung, daß die Vereinigung aller Arbeiter in einheitlichen Organisationen das erstrebenswerte Ziel sei, akzeptiert wurde, so ist das gewiß als ein Zeichen des Mutes und des erwachenden Selbständigkeitsbewußtseins, das sich gern von jeglicher Bevormundung frei machen möchte, aufzufassen. Doch auch hier hieß es: „Zurück, du reitest den Freund nicht mehr.“ Der katholische Klerus hat sich nie wieder ganz auf die Seite der christlichen Gewerkschaften gestellt, so sehr auch ein Teil der Führer derselben durch verstärkte Attacken auf die freien Gewerkschaften sowie auf die Sozialdemokratie die verlorene Gunst

zurückzuerobern bejtrebt war. Die katholischen Arbeitervereine mit ihren Fachabteilungen hatten den Segen der Bischöfe und das genigte, um die katholischen Geistlichen für diese zu engagieren.

Bei dieser Protektion, auch der Trierer Bischof Dr. Korum hat ein starkes Faible für die Fachabteilungen, ist es nicht zu verwundern, daß die Sache der katholischen Arbeitervereine gedeiht. Diese im südlichen Teile der Rheinprovinz, im Saargebiete und Oberpfälzen, also in sozialrichtigen Gebieten heimischen Verbindungen, zählen schon über 80000 Mitglieder. Ihre Leitung befindet sich in Berlin; ihre Hauptführer sind der Baron v. Savigny, der auf dem diesjährigen Katholikentage die Selbsthilfe der Arbeiter als Anarchie bezeichnete, Dr. Fleischer und Lizentiat Journelle. Wie diese Anerkennung des eigentlichen Führers schon vermuten läßt, sind die katholischen Arbeitervereine gegen jeden Ausstand; während des Ruhrbergarbeiterstreiks, wo die christlichen Gewerkschaften ihre volle Schuldigkeit getan, sind sie mit diesem Standpunkte gar öffentlich haufieren gegangen. Ja, sogar die Tarifverträge sind ihnen schon zu tief eingedrungen in die Interessen des Unternehmers! Im Zentralblatte der christlichen Gewerkschaften (Nr. 20) werden die Fachabteilungen, in denen neben den Geistlichen Unternehmer die erste Reihe spielen, deshalb folgendermaßen abkonterfeit:

„Die „gelben“ Gewerkschaften Berliner Richtung, Schutztruppen der Unternehmer! Anders kann man die von der Leitung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sty Berlin) propagierten Fachabteilungen schon gar nicht mehr bezeichnen. Wenigstens bemühen sich die kleinen und großen Führer in jeder Weise, die armen betörten Arbeiter in solchen jeder Arbeitersolidarität und jeden Klassenbewußtseins baren Vereinigungen zu organisieren. Nach ihrer Wirksamkeit kann man diese Gesellschaft doch einschätzen, und wer als Proletarier die Taten derselben etwas näher bejieht, dem steigt bald die Wüte der Entrüstung in die Wangen.“

Das Verhältnis dieser beiden Richtungen zueinander ist also das denkbar schlechteste; sie bekämpfen sich mit einer Erbitterung, wie sie — beispielsweise genommen — selbst in den ärgsten Konfliktzeiten auch nicht seitiger war zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Und dabei ist wohl zu beachten, daß das ägend scharfe Urteil des christlichen Zentralblattes nicht etwa an die Adresse der „armen betörten Arbeiter“ gerichtet ist!

Es ist deshalb kein seltenes Schauspiel, daß die auf beiden der Fachabteilungen stehenden Geistlichen den christlichen Gewerkschaften die Seite abtreiben, daß Versammlungsplätze der letzteren überfließt werden, und Versammlungen, „Muster Vorbilder“ derjenigen des Dreißigjährigen Pükler verlaufen. Es kommt auch vor, daß Seeliger von der Kanzel herab vor dem Besuche der christlichen Gewerkschaftsversammlungen warnen, und daß die Gewerkschaften dann den Speiß umdrehen, indem sie die für die Fachabteilungen wirkenden Geistlichen nicht in ihre Versammlungen hineinlassen. Das höchste aber wurde vor etwa einem Vierteljahre in Breslau geleistet. Dort fand in dem bekannten Wingershaufe eine Auseinandersetzung zwischen den feindlichen Brüdern statt, die ihresgleichen sucht. Die sich nötig machende zweite Versammlung mußte schon in einem Privatsaale stattfinden, denn aus dem katholischen Vereinshause waren die christlichen Gewerkschaften bereits — „exkommuniziert“ worden. Wenn die katholische „Neisser Zeitung“ diese Versammlungen mit einer Käu bersynode vergleicht, dann kann man sich denken, daß das Mitien der Püklerversammlungen zum mindesten erreicht wurde.

Die Emanzipation von der geistlichen Bevormundung ist also bei den christlichen Gewerkschaften unzweifelhaft vorjah, der allerdings noch nicht ganz, aber doch zu einem erheblichen Teile durchgeführt ist. Bei den Fachabteilungen und den katholischen Arbeitervereinen trifft das Gegenteil zu, diese haben sich erst vollständig unter die Fittiche der Geistlichkeit geflüchtet. Was die Fachabteilungen jetzt sind, waren bis zu einem gewissen Grade aber früher die Kreise, die jetzt die christlichen Gewerkschaften repräsentieren. Die Lösung der Fesseln Konfessionellität bildet also den zweiten und interessantesten Teil eines Zerlegungprozesses, dessen weiteren Verlauf und voraussichtlichen Ausgang wir in dem folgenden Artikel kennen lernen werden. Im Ausgange dieses zweiten Kapitels aber kann mit Bestimmtheit konstatiert werden: Die Befreiung von der geistlichen Oberherrschaft ist dem Gewerkschaftsgedanken auf jener Seite nur förderlich gewesen, wofür das Trauerspiel bei den Fachabteilungen ein vollgültiger Beweis ist. Der christliche Gewerkschaftssekretär Schiffer-Düsselboof präziserte darum den Standpunkt von heute auf der schon genannten Breslauer „Näbersynode“ zutreffend mit den Worten: „Die Zeit ist vorbei, wo der Arbeiter mit Gnaden und Almosen zufriedenzufrieden war; im zwanzigsten Jahrhundert fordert er sein Recht, und zu allererst von denjenigen, die uns fortwährend die christliche und die katholische Lehre predigen!“ (Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

Baugen. Am 31. Oktober versammelten sich eine Anzahl Kollegen zwecks Gründung eines Graphischen Klubs, um auf diese Weise für die Fortbildung der Kollegen besser Sorge tragen zu können. Beschlossen wurde, wöchentlicher je eine Zusammenkunft zu veranstalten. Als Vor-

sitzender fungiert vorläufig Kollege Th. Willmann. Im eigentl. Interesse werden insbesondere die jüngeren Kollegen auf diese günstige Gelegenheit, sich technisch zu vervollkommen, aufmerksam gemacht.

Berlin. Zu einer Abschiedsfeier für die sechs vom „Vorwärts“ entlassenen Redakteure hatte sich am 5. November abends der größte Teil des technischen Personals des Betriebes „Vorwärts“ mit seinen Namen in den Urminhallen versammelt. Die Urminhallen sind für Abschiedsfeiern der Redakteure des „Vorwärts“ gewissermaßen historisch, wie ein Redner des Abends betonte. Während es aber sonst die Polizei und das Gericht waren, die die Feiern durch Ausweisung oder Einsperrung von Mitgliedern der Redaktion veranlaßten, seien es leider diesmal die Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“, die den Anlaß dazu gegeben haben. Der Abend verlief in schöner, würdevoller und harmonischer Weise. Kollege Haber hielt eine vortreffliche Ansprache, in der er die Sympathie und Solidarität der Anwesenden mit den sechs Gemahregelten ausdrückte und das Unrecht geißelte, das ihnen nach unsrer gewerkschaftlichen Auffassung widerfahren sei. Von den Entlassenen nahmen vier im Laufe des Abends Gelegenheit, ihre Gesichte und namentlich den Dank für die ihnen bereitete schöne Feier auszusprechen. Die „Typographia“ hatte in dankenswerter Weise ein vierstündiges Quartett gestellt, das in Gemeinshaft mit unserm Kapellmeister Holsfelder den gesanglichen und musikalischen Teil vorzüglich zur Ausführung brachte, dem sich Einzelgänger und auf den Anlaß bezügliche sowie andere Couplets angeschlossen. In der Feier nahmen rund 200 Personen teil, darunter der Zentral- und Bauvorstand und Mitglieder des Ausschusses der Gewerkschaftskommission. Wir haben mit dieser Feier durchaus nicht „topflos“ gehandelt, sondern klar und deutlich ausgedrückt, daß wir das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Sechs nicht billigen.

Berlin. (Erwidern.) Anstatt jene Stellen unsrer Rubrik „Neues für Maschinenjäger“ zu bezeichnen, wo die angeleglich tabulierten Notizen gestanden haben sollen, nennt Herr Jopf zwei Hefte des „Deutschen Buch- und Steindrucker“, auf welche keine Kritik „hingemäß“ zuträfe. Wie jeder Leser aus dem Septemberhefte 1904 und dem Aprilhefte 1905 (den von Herrn Jopf angegebenen Orten) sich selbst überzeugen kann, stimmt auch das nicht! Auf keinen nicht begründete Angriffe und unbewiesene Klagen können wir uns im „Corr.“ selbstverständlich nicht äußern; ebensowenig kann hier die Frage erörtert werden, warum die „Technischen Mitteilungen“ des Brandenburgischen Maschinenjägervereins besser sein sollen als die von Kollegen des Herrn Jopf geschriebenen Notizen unsrer „Maschinenjäger“. — Da aber die letzte Versammlung des Brandenburgischen Maschinenjägervereins — ohne auf die Angelegenheit selbst einzugehen — beschloß, vor Unparteilichkeit eine Prüfung des Jopfschen Materials vorzunehmen, wird es sich ja zeigen, wer Recht hat, oder was der Zweck der Uebung war. Technische Redaktion des „Deutschen Buch- und Steindrucker“: Königer.

A. B. Bonn. Zu unsrer Tarifbewegung ist nachzutragen, daß die bisherigen Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Prinzipalen zu keinem Resultate geführt haben. Deshalb sahen sich die Kollegen gezwungen, bei sämtlichen nichttariftreuen (sechs) Druckereien ihre Kündigung einzureichen. Mehrere Nichtmitglieder und auch Gutenberghändler haben mit uns gemeinsame Sache gemacht, so daß insgesamt 47 Mann in Kündigung stehen. Jetzt ist die Parole: Einig und fest zusammenhalten! Dann muß unser Vorgehen von Erfolg gekrönt sein.

Gedenkjörde. In der am 21. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde die Gründung eines Ortsvereins beschlossen. Es befanden sich am Orte elf Mitglieder, wovon zehn bei der Firma J. G. Schwensen in Kondition stehen. Den Vorstand des neugegründeten Ortsvereins bilden u. a. die Kollegen Wulf als Vorsitzender und H. Brüning als Kassierer.

Erfurt. (Halbjahrsversammlung der Maschinenmeister.) Nachdem der Vorsitzende Sütterlin in gut besuchter Versammlung, welche von Erfurt mit 19, von Gotha mit 10, von Eisenach mit 3, von Mülhshausen und Smeunau je 1 Kollegen vertreten war, begrüßt hatte, ging er zur reichhaltigen Tagesordnung über, von der hauptsächlich der Vortrag des Kollegen Kräfte=Berlin von großem Interesse war. Da der Standpunkt des Referenten den Kollegen bereits durch die ausführliche Wiebergabe seiner Ausführungen in einer Leipzig'er Druckerversammlung (erschienen in Nr. 124 des „Corr.“) bekannt geworden ist, erübrigt sich wohl ein näheres Eingehen auf die interessanten, einschlagenden Darlegungen des Referenten, die mit großem Beifalle aufgenommen wurde. Folgende Resolution der Eisenacher Kollegen wurde einstimmig angenommen: „Die heute in Erfurt tagende Maschinenmeisterversammlung hegt den Wunsch, daß auf dem Maschinenmeisterkongresse zu Berlin das Hauptaugenmerk auf die Zerklüftung gerichtet wird. Ferner hält die heutige Versammlung die Einführung des Einmachinensystems in erster Linie an Spezialmaschinen für eine zwingende Notwendigkeit. Ebenso muß die Hilfsarbeiterfrage einer eingehenden Beratung unterzogen werden, da sonst alle Erzeugnisse der Maschinenmeister illusorisch gemacht würden.“ Nachdem noch verschiedene wichtige Fragen erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Guppen. Nachdem sich eine Anzahl hiesiger Kollegen dem Verbands angegeschlossen, wurde der Versuch gemacht,

und der Rest jedenfalls in den nächsten Tagen eintrifft, müssen einem eingehenden Studium und der gewissenhaften Bearbeitung unterzogen werden, so daß es Arbeit, angelegentliche Arbeit in Hülle und Fülle gibt nicht nur für den Vorstand, sondern für alle Mitglieder. Es bedarf ja wohl nur dieses Hinweises, um alle Vereinsmitglieder mobil zu machen, denn nur die tatkräftige Mitarbeit aller wird uns zum erhofften Ziele führen! In der letzten Versammlung konnte der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß Nürnberg mit vorläufig fünf Mitgliedern seinen Anschluß an den Verein bayerischer Korrektoren erklärt habe, welche Mitteilung mit großer Befriedigung aufgenommen wurde. Es geht vorwärts — trotz allem! Nach Erledigung der Abrechnung des Kassierers zeitigte die Nichtaufnahme eines Korrektors in den Verband seitens des Vorstandes nach längerer Debatte den einmütigen Beschluß: Den Vorsitzenden zu beauftragen, bei dem Verbandsvorstand in Berlin um Auskunft zu ersuchen, wie wir uns in Zukunft zu verhalten haben, wenn sich Kollegen zu unserm Vereine melden, die nichtgelernte Buchdrucker sind, und ob neuerdings überhaupt keine Nichtbuchdrucker mehr in den Verband aufgenommen werden sollen. In diesem Schreiben soll auf die Ausnahmen von Nichtfachleuten in den Verband bei den anderen Sparten hingewiesen werden. Der Bericht über die Ortsvereinsversammlung vom 23. September gab dem Vorsitzenden Veranlassung zu erklären, daß der Satz: „Am Schlusse der Versammlung beschwerten sich die Korrektoren usw.“, den Tatsachen vollständig widerspricht. Den Korrektoren sei es gar nicht in den Sinn gekommen, sich zu beschweren. Vielmehr habe der Ortsvorstand ein höchst interessantes Schreiben des Vorsitzenden um Aufklärung über die Streichung eines Tagesordnungspunktes in einem unserer Inserate auf dem Wochenrapporte — ohne dem Auftraggeber irgend welche Nachricht zu kommen zu lassen — erst am Schlusse der Versammlung — (12½ Uhr nachts) zur Sprache gebracht, trotzdem dem Ortsvorstande das höfliche Eruchen bereits seit vier Wochen schriftlich vorlag. Die „Aufklärung“ bestand im Breittreten der Angelegenheit, was es sich auch gar nicht handelte. Die Streichung ohne Mitteilung an den Auftraggeber wurde gar nicht „aufgeklärt“, obgleich zwei Redner dies verlangten und auch verständliche Rufe von Nichtkorrektoren laut wurden: „Das gehört sich nicht!“ Daß die ganze Versammlung mit dem Vorstande einverstanden war, sei auch nicht richtig; eine Abstimmung erfolgte nicht. Die aufwärts sehr gut besuchte Versammlung sei schließlich auf ein kleines Häuflein zusammengeschrumpft gewesen (wegen der späten Nachtstunde). Solche Versammlungen dürften allerdings nicht dazu beitragen, den Besuch der Ortsvereinsversammlungen zu heben. Zum Schlusse gab der Vorsitzende noch Aufklärung über die Redaktionsbemerkung in unserm letzten Berichte (Nr. 113 des „Corr.“). Das dort erwähnte Schreiben kam erst am 8. Oktober in die Hände unser Schriftführers, der vergessen hatte, seine Adresse anzugeben; das Schreiben der Redaktion lag bereits seit dem 12. September wohlverwahrt im Kasten des Herrn Schenkleners, der daselbst nicht abgeliefert hatte, trotz wiederholter Nachfrage — was allerdings in unserm Capua vorkommen kann. Die Redaktion sowohl als der Vereinsvorstand trifft jenseit keine Schuld, daß das Schreiben in der Versammlung vom 17. September nicht vorgelesen werden konnte. Daselbst brachte uns übrigens nichts Neues, da in dieser Versammlung über eine ähnliche Mitteilung von Berlin berichtet wurde. Daß wir unter den obwaltenden Umständen unser Recht in den Ortsvereinsversammlungen nicht erhalten können, hat die Versammlung vom 23. September gezeigt, und wenn im „Corr.“ unsere Klagen nicht Aufnahme finden, dann müssen wir eben auf andere Wege sinnen, um uns an die Verbandsmitglieder zu wenden.

München. (Maschinensegerklub). Zu dem am 22. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung machte sich insoweit die Niederlegung des Amtes des Schriftführers und der Abreise eines Beisizers eine Ergänzungswahl notwendig. Des weitern wurde eine Beschäftigung der Monotype in der Hofbuchdruckerei Gebr. Reichel in Augsburg geplant und insoweit folgende Antwort seitens der dortigen Geschäftsleitung für den November in Aussicht genommen.

r. Worms. (Graphischer Klub.) Trotz einer interessanten Tagesordnung war die letzte Versammlung wiederum schlecht besucht. Bei Beginn der Versammlung gedachte der Vorsitzende Andreas des verstorbenen Druckereibesizers Heinrich Fischer und sülörte aus, derselbe habe dem Klub stets wohlwollend zur Seite gestanden und fortgesetzt durch Gratifikation von Druckfachen unterstützt. Das Andenken des Herrn F. wurde in üblicher Weise geehrt. Wir wollen nicht veräumen, hier anzuführen, daß Herr F. der Gründer der Leipziger Typographischen Gesellschaft gewesen ist und von derselben in Würdigung seiner Verdienste später zum Ehrenmitglied ernannt wurde. Es war ein Beweis außerordentlicher Wertschätzung und Anerkennung, daß die Leipziger Buchdrucker F. im Jahre 1876 auf die Weltausstellung in Philadelphia schickten, um hier die typographischen Leistungen zu studieren und für den deutschen Buchdruck zu fruchtbarisieren. Aufsehen erregte in allen Fachkreisen die Veröffentlichung Fischers: „Anleitung zum Abzählzettel“, ferner das beherzigenswerte Buch für die Jugend: „Benjamin Franklin, ein unerwählter Arbeiter“, und schließlich „Fischers Buchdruckerleben“, eine wertvolle historische Selbstbiographie, die aber reich mit wertvollen Anregungen und Aufklärungen durchsetzt war. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der

Besprechung der Rundschau Nr. 16 der deutschen Typographischen Gesellschaften. In ausführlichen Darlegungen entledigte sich Kollege Beyer seiner Aufgabe sehr korrekt. Ein geplanter Zeitentwurf kann erst nach Beendigung des Buchführungssturzes, der sich einer stets wachsenden Anregung und Begeisterung aller teilnehmenden Mitglieder erfreut, Anfangs Januar nächsten Jahres beginnen. Allen geschätzten Firmen, die unsern Klub durch Anwendung von gediegenen Druckfahnen, Plakaten usw. so reichlich bedachten, sagen wir hierdurch nochmals Dank.

Bezirk Zeitz. Die diesjährige Herbstbezirksversammlung fand am 22. Oktober in Zeitz im „Mansfelder Hofe“ statt. Der Bezirksvorsitzende Zahn-Beitz begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen zum Wohle aller verlaufen möchten. Seitens des Vorstandes waren die Kollegen Fink und Müller erschienen. Hierauf berichtete der Vorsitzende über das vergangene Halbjahr, aus welchem erwähnt sei, daß sich auch in letzter Zeit die Verhältnisse in tariflicher Beziehung wesentlich gebessert hätten, auch lasse sich ein stetes Anwachsen der Mitgliederzahl konstatieren. Segmaschinen sind im Laufe des Sommers drei hinzugekommen, während die vierte in den nächsten Tagen ihren Einzug halten wird. Nachdem er noch die Verhältnisse der einzelnen Orte Neuere passierend, berichtete der Kassierer über das erste Halbjahr. Auf der Tagesordnung standen zwei ziemlich gleichlautende Anträge betr. Aufstellung des Restvermögens der Bezirkskassiere wegen anderweiter Einteilung der Bezirke vom 1. Januar 1906 ab. Es wurde nach einem aus der Versammlung gestellten Antrage beschlossen, daß die Gelder proportional auf die einzelnen Ortsvereine und Mitgliedschaften verteilt werden sollen. Die inzwischen festgestellte Kränzliste ergab, daß sich 80 Mitglieder eingetunden hatten. Nach der Mittagstafel nahm Kollege Eichler-Beitz das Wort zu seinem Vortrage über „Arbeitsvertrag“. Der Referent verstand es, in jenen einflussreichen Vorträgen in gediegener und formvollendeter Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden und erntete reichen Beifall. Unter „Verständenes“ wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß angesichts der Merseburger Verhältnisse bei Konditionsangeboten von dort eine tarifliche Bezahlung verlangt werden solle. Sodann gedachte Kollege Zahn-Beitz des invaliden Kollegen Döring-Eisleben; es wurde in Rücksicht auf dessen Lage eine Sammlung veranstaltet, die einen ansehnlichen Betrag ergab, der von einem Eislebener Kollegen sofort in die Wohnung gebracht wurde. Nachdem noch einige Sachen ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung. Ein von den Eislebener Kollegen arrangierter Kommerz vereinigte die noch anwesenden auswärtigen Kollegen zu einigen recht vergnügten Stunden, bis auch das Dampfprozeß diese der schönen Lufteinstadt entführte.

Rundschau.

Nach dem Berliner Beispiele ist auch in Breslau ein Vorgehen zwecks Erlangung von Teuerungszulagen erfolgt. Ueber das Ergebnis dieses Schrittes wird uns vorstehendseitig mitgeteilt: „Der Breslauer Buchdruckereibesitzer richtete an den Verein Breslauer Buchdruckereibesitzer ein Gesuch um Gewährung einer ausnahmsweisen Teuerungszulage. Herr Prinzipal Reusch, Vertreter des Tarifrates IX, berief eine Sitzung aller tariffreien Prinzipale Breslaus ein. Das Gesuch wurde abgelehnt; es wurde jedoch die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Prinzipale den verheirateten, zum Minimum arbeitenden Gehilfen, welche leistungsfähig, eine vorübergehende monatliche Zulage, wenn sie darum ersuchen, gern bewilligen werden.“

Einen sehr vernünftigen Standpunkt nahm zu dem bekannten Antrage des Tarifrates die Handelskammer in Hirschberg ein. Zu dem abgegebenen Gutachten wird dem Regierungspräsidenten mitgeteilt, daß die Kammer „den Erlaß derartiger Vorschriften für einen sozialpolitisch durchaus gesunden Fortschritt halten würde. Dem in der Verfügung des Herrn Ministers erwähnten Buchdruckerartikels sei es im wesentlichen zu danken, daß Lohnbewegungen irgendwie bedeutenderer Art im Druckereigewerbe seit nahezu fünfzehn Jahren vermieden worden sind. Die Festsetzung von Normen über die zulässige Zahl von Lehrlingen gewinnt aber um so größere Bedeutung, als durch die massenhafte Einführung von Segmaschinen im Laufe der letzten Jahre eine große Zahl ausgelernter Seher brotlos geworden ist, und die Gefahr besteht, daß durch die beliebige Ausbildung von Lehrlingen die Zahl der Arbeitslosen noch weiter vermehrt werde. Aus diesen Gründen hatte die Kammer den Erlaß von derartigen Vorschriften für angezeigt und das in § 40 des Buchdruckerartikels festgelegte Verhältnis zwischen Gehilfen und Lehrlingen als das Mindestmaß dessen, was zu fordern wäre.“ Von den vielen Handelskammern, deren Stellungnahme zu dem tariflichen Antrage wir im Laufe der letzten Monate kennen gelernt haben, zeichnet sich die Hirschberger Kammer durch das betätigte große Verständnis am meisten aus.

Ein brillantes Geschäft macht nach wie vor der „Schwarzwälder Bote“ in Oberndorf a. N. Bei einem Aktienkapital von 200000 Mk. einen Reingewinn von 118482,27 Mk., also eine Verzinsung von 59 Prozent — à la bonne heure! Hoffentlich entsprechen die Arbeitsver-

hältnisse in diesem Zeitungsgewerbe auch diesem Riesenergebnisse, mit dem der „Schwarzwälder Bote“ alle übrigen Zeitungsgesellschaften weit überflügelt. Das, was die Aktien-Gesellschaft „Schwarzwälder Bote“ ihrem Personal an Ferien gewährt, ruft trotz der Freiwilligkeit derselben die Kritik heraus. Wie wir in Nr. 110 mitteilen konnten, erhalten diejenigen Gehilfen, welche von 5 bis zu 20 Jahren im Geschäft sind, 4 Tage à 4 Mk., solche über 20 Jahre 6 Tage Ferien und den vollen Wochenlohn ausbezahlt. Wir haben in allen ähnlichen Fällen es immer ausgesprochen, daß das überhaupt keine Ferien sind. Hoffentlich unterzieht genannte Gesellschaft nach diesem letzten Geschäftsabschlusse ihre Ferienliste einer gründlichen Revision.

Stiftungen oder Belohnungen in barem Gelde haben unsere Anerkennung in weit höherem Maße als die Schaffung sogenannter Wohlfahrts-Einrichtungen, die meist nur von den Zinsen des Stiftungskapitals unterhalten werden, niemals allen Angestellten zugute kommen können, für alle aber eine mehr oder weniger empfindliche Fessel bilden, die erst in Konfliktzeiten richtig wahrnehmbar wird. Aus diesem Grunde haben wir für den Buchdruckereibesitzer Fuder in Frauenfeld, der seinem Personal aus Anlaß seines fünfzigjährigen Prinzipalsjubiläums einen Extralohn für einen ganzen Monat bewilligte, dieselbe Anerkennung wie für die Firma F. A. Brodhans in Leipzig, die anlässlich ihres hundertjährigen Bestehens Mitte vorigen Monats 80000 Mk. unter dem Gesamtpersonal zur Verteilung brachte. Daß diese Verteilung, wie uns gemeldet wurde, nicht in einwandfreier Weise vor sich ging, ist bedauerlich, denn es wird so das Gegenteil des gewollten Zweckes erreicht.

Ein ganz selbstverständliches Verlangen will die Handwerkskammer für Niederösterreich erfüllen. Der Vorstand uners Flegler Ortsvereins ist nämlich endlich mit seiner Forderung, daß zu den Gehilfenprüfungen auch Buchdruckergehilfen hinzugezogen werden möchten, durchgegangen. Das erstmalige Ersuchen wurde unbegreiflicherweise abgelehnt.

Ueber die Vorgänge an der Buchdrucker-Lehranstalt in Leipzig haben wir in den Nrn. 65, 78 und 121 d. Z. kurz berichtet. Diese Notizen bedürfen der Ergänzung insoweit, als die Prozesse in der Angelegenheit des entlassenen Schuldirektors Dr. Krancker noch kein Ende genommen haben. Zu der ersten Instanz wurden bekanntlich Dr. Krancker, der Verleger Schnurpfeil und der Redakteur Cradow des „Graphischen Beobachter“ wegen Beleidigung des Buchdruckereibesizers Mäjer zu 50 und zu je 75 Mk. Geldstrafe verurteilt. Wegen dieses Urteils wurde von allen Seiten Berufung eingelegt. Schnurpfeil und Cradow erklärten jedoch in der Verhandlung vor dem Landgerichte, daß sie die gegen Mäjer erhobenen Beschuldigungen nicht aufrecht erhalten, worauf M. auf ihr Ansuchen die Berufung gegen sie zurückzog. Die Strafe gegen Dr. Krancker wurde aber von 50 auf 100 Mark erhöht, da das von ihm dem Schulschuldigen vorliegenden Mäjer Nachgelagte nicht erwiesen sei. Dann haben noch fünf unter Dr. Krancker an der Lehranstalt tätig gewesene Lehrer gegen Mäjer geklagt, weil dieser in einer Sitzung des Innungsverbandes ihren gesellschaftlichen Verkehr als recht fragwürdig bezeichnet hatte. Da diese Gerwürde Mäfers sich hauptsächlich gegen Dr. Krancker gerichtet haben sollen, so wurde ihm der Schutz des § 193 zugesprochen und die Kläger mit ihrem Antrage auf Verurteilung Mäfers wegen Beleidigung abgewiesen. Ferner schwebt in dieser Affäre noch eine Zivil- und eine Beleidigungsklage.

Die Frage, ob sich das Verlangen von Rotationsmaschinen die Nachbarschaft gefallen lassen muß, hat das Reichsgericht in bejahendem Sinne beantwortet. Das Empfinden nervöser oder sonstige erkrankter Personen könne dabei nicht in Frage kommen, sondern nur das eines normalen Durchschnittsmenschen. Hiernach sei die Anwendbarkeit des § 906 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu entscheiden.

Die deutsche Konkurrenz liegt den schwedischen Druckereibesitzern schwer im Magen, weshalb sie zu den bevorstehenden Verhandlungen über einen neuen schwedisch-deutschen Handelsvertrag folgendermaßen Stellung nahmen: Während der letzten Jahre haben deutsche Buchdruckereien immer häufiger mit den schwedischen wegen des Druckes von Büchern in schwedischer Sprache erfolgreich konkurriert. Diese Konkurrenz wird den deutschen Firmen dadurch leicht, daß bedrucktes Papier in Bogen, geheftet oder zu Büchern gebunden (in letzterem Falle mit Ausnahme von schwedischen Bibeln und Gesangbüchern) zollfrei eingeführt wird, während dagegen alle zu dessen Herstellung dienenden Maschinen und Stoffe, vor allem das Papier, welche die schwedische Buchdruckindustrie benötigt, mit beträchtlichen Zollsätzen belegt sind. Durch Einstellung von schwedischen Sechern in deutschen Buchdruckereien können dort schwedische Arbeiten leicht ausgeführt werden. Die schwedischen Druckwerke, welche jetzt aus dem Auslande eingeführt werden, beschränken sich nicht auf mit Abbildungen versehene Bücher, sondern es befinden sich darunter Preislisten, Kataloge und größere, mehrere Bände umfassende Werke. Deutsche Handelsreisende suchen Bestellungen auf den Druck von Plaketten, Katalogen und Büchern unter Hinweis auf den Vorteil, daß das Papier, wenn bedruckt, zollfrei ist. Daher haben sich die Buchdruckereibesitzer in Stockholm dafür ausgesprochen, daß der Zollsaß für Papier auch für im Auslande in schwedischer Sprache bedrucktes Papier gelten möge, gleich-

Fortsetzung in der Beilage.

